

Bild.de sprach mit dem Vorsitzenden der IG Metall, Berthold Huber, über Möglichkeiten der Opel-Rettung.

Bild: Herr Huber, ist Opel noch zu retten?

Huber: Ich hoffe es! An der Krise bei Opel sind nicht die Mitarbeiter schuld. Die Belegschaft hat gemeinsam mit der IG Metall seit Jahren gegen das Diktat von General Motors gekämpft, gegen die Arroganz und Ignoranz des Managements in den USA. Mit dem jetzt diskutierten Rettungskonzept ist der erste Schritt für eine Zukunft von Opel und seinen Beschäftigten gemacht.

BILD: Aber die Politik zögert noch mit Hilfe für Opel...

Huber: ...hoffentlich nicht zu lange, denn die Zeit drängt: Bis Ende März muss alles klar sein. Deshalb kann ich die Kanzlerin und alle Beteiligten nur dringend auffordern: Wir brauchen ein klares Bekenntnis zum Fortbestand von Opel! Wer sich darum drückt, der soll nach Bochum oder Rüsselsheim gehen und den Beschäftigten ins Gesicht sagen: Wir lassen euren Laden kaputt gehen. Jeder Politiker weiß, dass das politischer Selbstmord wäre. Denn auch bei der Bundestagswahl werden die Menschen die Politiker fragen, was sie für Opel getan haben.

BILD: Und was sagen die Gewerkschafter bei anderen Autobauern in Deutschland, wenn der Staat den Konkurrenten Opel aufpäppelt?

Huber: Da gibt es eine große Solidarität. Die Kollegen wissen, dass die Autoindustrie und auch die Zulieferindustrie wie Schaeffler und Continental zum industriellen Kernbestand unseres Landes zählen. Den müssen wir unbedingt erhalten. Darauf gründen unser Wohlstand und die Weltgeltung unserer Wirtschaft.

BILD: Überfordert sich der Staat nicht, wenn er überall mit Milliarden hilft und für unsere Kinder immer höhere Schulden auftürmt?

Huber: Ich finde, jetzt müssten die Vermögenden mal ran. Erst haben Manager einen rücksichtslosen Kapitalismus mit irrsinnigen Renditevorstellungen installiert und den Karren an die Wand gefahren. Deshalb verlieren viele Menschen jetzt ihren Arbeitsplatz. oder müssen zittern. Und diese Menschen sollen jetzt als Steuerzahler für den Schaden allein aufkommen. Das geht nicht.

BILD: Wer soll es denn sonst zahlen?

Huber: Für Steuersenkungen, wie FDP und Teile der Union sie fordern, sehe ich momentan keinen Spielraum. Aber Facharbeiter und Normalverdiener müssen so rasch wie möglich entlastet werden. Die zahlen schon viel zu viel Steuern. Topverdiener zahlen einen zu niedrigen Spitzensteuersatz von 42 Prozent. Der sollte deutlich angehoben werden. Vermögende mit einem Jahreseinkommen von über 750 000 Euro sollten zudem eine Zukunftsanleihe zeichnen müssen. Die sollte niedrig verzinst und vom Staat nach langer Laufzeit wieder zurückgezahlt werden. Das brächte einige Milliarden ein und wäre ein Akt der Solidarität.

Bild, 5. März 2009